

DER MEDIATIONSSTAAT – ZU MARKT, STAAT UND GLOBALISIERUNG IM 21. JAHRHUNDERT¹⁾

Egon MATZNER †*

INHALT

1	Regelmachen im Zeitalter der Globalisierung.....	58
2	Corporate Takeover – Captive States.....	60
3	EU als Regelnehmer.....	60
4	Wiederbegründung der Res Publica als globale Aufgabe	61
5	Literaturverzeichnis	61

Der Mediationsstaat

Die sozialstaatlich regulierte Marktwirtschaft ist zweifellos jene Wirtschaftsform, die sich bisher als am erfolgreichsten erwiesen hat, allgemeinen Wohlstand zu mehren. Darin liegt nach dem Scheitern des realsozialistischen Projektes auch die große Hoffnung der Armen und Hungernden. Von einer sozialstaatlich regulierten Marktwirtschaft ist heute jedoch wenig die Rede. Denn auf der globalen Tagesordnung stehen heute Deregulierung und Privatisierung. Man soll sich aber keiner Täuschung hingeben. Der Prozess der Marktausweitung, die der Deregulierung und Privatisierung entspricht, ist keineswegs Folge eines Faszinosums. Nicht Mystik, sondern Machtpolitik ist dabei im Spiel. Anthony LAKE, Sicherheitsberater von George BUSH sen., hat dies seinerzeit (in einer Rede am 21. September 1993, zitiert nach WADE, 2002) klar ausgesprochen: „Die Ausweitung der (demokratischen) Marktwirtschaften sei, nach dem Ende der Sowjetunion, das Hauptziel der globalen Strategie der USA.“ Wir begegnen den Folgen täglich in verschiedener Gestalt, einmal als Globalisierung, ein andermal als Bedeutungsverlust des Nationalstaates. In der Tat wird der nationalstaatliche Gestaltungsraum in kleinen wie großen Ländern geringer. Die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben nach Form und Ausmaß wird heute immer weniger von nationalen Parlamenten und Regierungen, auch nicht von deren Delegierten bei internationalen Organisationen bestimmt. Ihre Rolle ist auf die „Mediation“, also die Weitergabe und

1) Dieser Beitrag wird mit freundlicher Genehmigung wiedergegeben aus: WISO 1/2003 (Zeitschrift des Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Linz)

* Univ.-Prof. Dr. Egon MATZNER war bis 1998 Ordinarius am Institut für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik der Technischen Universität Wien.

Durchsetzung von anderswo beschlossenen Regeln, beschränkt. Die Nationalstaaten werden so immer mehr zu Regelnehmern anstatt Regeln selber zu machen. Der Begriff der Mediation geht auf den französischen Politikwissenschaftler Yves TIBERGHIE (2002) zurück, der die Finanz- und Industriepolitiken in Frankreich, Japan, Hongkong und Südkorea untersucht hat. Sein Befund wird von Susanne LÜTZ (2002) bestätigt. Die Forscherin vom Max Planck Institut für Gesellschaftswissenschaften in Köln hat die Durchsetzung globaler Regeln in den Finanzmärkten Deutschlands durch die deutsche Bundesregierung untersucht. Bestätigt wird dieser Prozess auch von nationalen Beamten, die Brüsseler Beschlüsse, an denen sie mitwirkten, in ihren Hauptstädten zu vertreten haben. Die entscheidende Neuerung geht dabei häufig nicht von Brüssel, sondern von der so genannten Globalisierung aus. Deshalb ist zu fragen:

- 1) Was steht im Kern hinter der Globalisierung? Was ist ihre die Staatsfunktionen betreffende Hauptwirkung?
- 2) Wie entstehen die Regeln, nach denen die Globalisierung abläuft? Wer ist der „Rule Maker“?

Diese Fragen werden in den konventionellen Debatten über Globalisierung und Staatsfunktionen nur selten gestellt. In diesen wird Globalisierung meist als das Anwachsen der grenzüberschreitenden Ströme von Geld, Personen, Waren und Diensten verstanden. Zustandekommen, Verlauf und Richtung werden für gleichsam naturwüchsig, ja unveränderbar gehalten. Dem ist entgegenzuhalten, dass diese Entwicklungen nach Regeln erfolgen, die von Menschen bewusst gemacht werden. Sie sind deshalb nicht unveränderbar, sondern gestaltbar. Schließlich ist Politik kein Naturereignis, sondern ein von Menschen bestrittener Prozess.

1 Regelmachen im Zeitalter der Globalisierung

Im Zeitalter einer in allen Bereichen dominierenden Macht kann es keine Regeln mit globaler Geltung ohne Mitwirken des Hegemon geben. Mittel und Ziel ist dabei, wie schon eingangs angeführt, die globale Marktöffnung. (Dies ist, was selten bedacht wird, seit 100 Jahren die selbst gewählte Mission der USA, die 50 Jahre durch die Eindämmung des Kommunismus unterbrochen war.) Die dazu bereitstehenden Mittel sind vielfältig, wie es Thomas L. FRIEDMAN, einflussreicher Publizist, Leitartikler der New York Times und Berater von Jimmy CARTER und Madeleine ALBRIGHT, deutlich macht:

„Die unsichtbare Hand des Marktes wird nie ohne die versteckte Faust funktionieren – McDonald kann nicht ohne McDonnell Douglas, dem Produzenten der F-15, gedeihen. Und die versteckte Faust, die die Welt für Silicon Valleys Technologien schützt, heißt US Army, Air Force, Navy und Marine Corps.“
(New York Times – Weekend, 28. März 1999)

Der herrschenden Marktideologie liegt die Utopie zugrunde, dass die denkbar beste Gesellschaft durch

- 1) möglichst ungehemmten Wettbewerb,
- 2) Maximierung des „Shareholder Value“,
- 3) Kontrolle der Unternehmen durch Börsen und
- 4) minimale Regierungsintervention bei Marktversagen gewährleistet ist.

Die politische Vertretung der Bürger übt in dieser Utopie im Verhältnis zu den Märkten nur eine vermittelnde Restfunktion aus.

Diese Ideologie hat im so genannten „Washington Consensus“ ihren realpolitischen Ausdruck gefunden. Bezeichnung und erste Formulierung gehen auf Weltbank-Ökonomen zurück. Washington Consensus drückt unverhüllt die Globalisierung als Spiel nach US-Regeln aus. Danach bestimmen auch der Weltwährungsfonds und andere Finanzinstitutionen ihre Kreditvergabe und so die Wirtschaftspolitik ihrer Klienten. Man könnte diese Dogmen als das funktionale Äquivalent der Zehn Gebote unserer Zeit bezeichnen. Die drei wichtigsten Gebote, für alle, die Kredite erhalten und ausländische Direktinvestitionen anlocken wollen, lauten:

- 1) Du sollst nur an den einen, deregulierten Markt und seine Gleichgewichts-Theorie glauben.
- 2) Du sollst nicht begehren, dass öffentliches Vermögen bleibt oder entsteht.
- 3) Du sollst das Null-Defizit im Staatshaushalt und den Ausgleich im freien Handel mit dem Ausland ehren.

Woher kommen diese Gebote? Will HUTTON vom Londoner Observer verweist in seinem Buch „The World We'r In“ (2002) auf die tiefen Wurzeln im amerikanischen Gründungs-Mythos. Neuzeitlich wurden sie 1979 in einem Manifest des US Business Round Table gefordert. Seit der Präsidentschaft REAGANs werden sie sukzessive national, international und global durchgesetzt. Pannen und Rückschläge gibt es, wie in der OECD das vorläufige Scheitern des absoluten Investorenschutzes gegenüber jedweder Regulierung. (In der Öffentlichkeit als „Mutual Agreement on Investment“, kurz MAI, bekannt.) Anderswo ist man da schon weiter: Nach NAFTA-Regeln muss ein US-Chemiekonzern entschädigt werden, weil die kanadische Regierung dessen der Krebsförderung verdächtigen Benzinzusatz nicht auf den Markt ließ. Über die WTO, die EU und andere Organisationen soll dieser Investorenschutz globale Geltung erhalten. Zu Jahresbeginn wird der umfassende Investorenschutz von der ASEAN realisiert. In der EU steht er auf der wirtschaftspolitischen Agenda und es rührt sich bisher kein Widerstand.

Weitere, im Rahmen des GATS („General Agreement on Trade in Services“ der WTO) vorbereitete Marktöffnungen betreffen Grundausbildung, Alters- und Krankenvorsorge, auch Stadt- und Regionalplanung, Sicherheitsdienste und Kulturfunktionen (vgl. FRITZ & SCHERRER 2002). Im Bereich von Wissenschaft und Forschung wird Marktöffnung durch die Privatisierung der Rechte auf wissenschaftliche Erkenntnisse („intellectual property rights“) vorangetrieben. Promotoren dieser Entwicklung sind

überall starke und international tätige Lobby-Gruppen wie der bereits genannte US Business Round Table, der European Round Table of Industrialists, der Transatlantic Dialogue oder der Transatlantic Business Round Table. Sie üben unregulierten, außerparlamentarischen Einfluss offen aus; ihre Aktionen werden sogar auf allgemein zugänglichen Websites dokumentiert. Im Wesentlichen handelt es sich um Einflussnahme auf die Agenda beschlussfassender Gremien und auf die Durchführung der getroffenen Entscheidungen.

2 Corporate Takeover – Captive States

Wenn auch formal zumeist legal zustande gekommen, ist die progressive Übergabe von öffentlichen Aufgaben an immer weniger regulierte und kontrollierte Märkte sozial, wirtschaftlich und demokratiepolitisch fragwürdig. Das Ergebnis ist der von den global operierenden Unternehmungen gefangene „Captive state“.

Außerhalb der USA ist dieser Prozess in Großbritannien am weitesten gediehen und daher am besten dokumentiert. Eine fundierte wissenschaftliche Analyse liegt neuerdings vom britischen Ökonomen Malcom C. SAWYER (2002) von der Universität in Leeds vor. George MONBIOT, Kolumnist des englischen Guardian, belegt, wie seit M. THATCHER und T. BLAIR die Marktöffnung bei öffentlichen Aufgaben staatlich durchgesetzt wurde. Dabei spielt die Private Finance Initiative (PFI) eine tragende Rolle. Den privaten Investoren, die beispielsweise eine Schule errichten und betreiben, garantiert die Regierung eine Mindestrendite zwischen 15 und 25 Prozent. Deshalb sollte man besser nicht von „privat“ sprechen, sondern von einer neuen Form einer hoch- und festverzinslichen Staatsanleihe, die als versteckte Staatsschuld zu bezeichnen wäre. Als Folge muss die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben quantitativ und qualitativ verringert werden. Der Widerstand der betroffenen Bevölkerung wird in der Regel ignoriert. Dass Markt-Kalkül öffentliche Aufgaben häufig schlechter und trotzdem teurer erfüllt, weist MONBIOT an zahlreichen Beispielen aus der Geschichte des PFI nach.

3 EU als Regelnehmer

Mit der EU sollte nach Vorstellung vieler Europa stark genug werden, um seine Interessen, Werte und Traditionen in der Welt- und Globalisierungspolitik gebührend zum Tragen zu bringen. Das ist bisher nicht geschehen. Die EU ist ohne Wählerauftrag dabei, dem „Bench Mark“-Modell der US-Wirtschaft und -Gesellschaft zu folgen, sich also rasch zu amerikanisieren. Aufforderungen zur Selbstbehauptung Europas sind selten und, wenn einmal vorgebracht, bleiben ungehört. Das Buch „Die Selbstbehauptung Europas“ von Altbundeskanzler Helmut SCHMIDT (2000) ist dafür ein Beleg.

Dabei gibt es, von „rechts“ bis „links“, ein europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, das sich substantiell vom amerikanischen unterscheidet und diesem in vielen Belangen überlegen ist. Zwar verbinden, wie Will HUTTON darlegt, die gesamte demokratische Welt Grundwerte, wie Herrschaft des Rechts, Demokratie und Unternehmerwirtschaft, in drei Punkten aber bestehen wesentliche Unterschiede:

- Eigentum ist in Europa mit sozialen Pflichten verbunden, wohingegen es in den USA persönliche Unabhängigkeit begründet und es – gottgewollt – dem Vernunftbegabten und Fleißigen uneingeschränkt zusteht.
- Der Gesellschaftsvertrag bindet in der europäischen Tradition alle Bürger ein und verlangt nach Fürsorge für die Schwächeren und Vorsorge für Notfälle. Im amerikanischen Verständnis gilt Umverteilung als widernatürlich. Habgier gilt als gut, denn Reichtum „tröpfle“ auf die Armen „herunter“.
- Die öffentliche Sphäre, die Idee der Res Publica, war in Europa immer stärker präsent, in den USA nur phasenweise (ROOSEVELT's New Deal).

4 Wiederbegründung der Res Publica als globale Aufgabe

Die öffentlichen Angelegenheiten bildeten von Anfang an ein Hauptanliegen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Die moderne Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen sollte sich deshalb weniger der radikalen Marktöffnung, sondern der zeitgemäßen Regulierung der Marktkräfte annehmen. Dies ist, auf längere Sicht, auch ein unerlässlicher Beitrag zum Gedeihen der Marktwirtschaft. Die Hauptanstrengung muss dabei auf die Neubestimmung der globalen und europäischen Regeln gerichtet sein. Die Wiederbegründung der Res Publica sollte die globale Aufgabe der volksbewussten Kräfte im 21. Jahrhundert sein.

5 Literaturverzeichnis

- FRIEDMANN T.L. (1999), *The Lexus and the Olive Tree: Understanding Globalisation*. New York, Farrar & Strauss.
- FRITZ T., SCHERRER C. (2002), *Zu wessen Diensten? Öffentliche Aufgaben unter Globalisierungsdruck*. Hamburg, VSA.
- HUTTON W. (2002), *The World We'r In*. London, Little, Brown, Time Warner.
- KAUL I. et al. (Hrsg.) (1999), *Global Public Goods*. Oxford, U. P.
- LÜTZ S. (2002), *Der Staat und die Globalisierung von Finanzmärkten*. Frankfurt a.M., Campus.
- MATZNER E. (1982), *Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Interventionen*. Frankfurt, Campus.
- MATZNER E. (2000), *Monopolare Weltordnung. Zur Sozioökonomie der US Dominanz*. Marburg, MetropolisVerlag. (On-line edition: www.ciando.de München 2001)

- MATZNER E. (2001), Die vergeudete Republik. Wie sie wiederbegründet werden könnte. Klosterneuburg, Vabene.
- MONBIOT G. (2000), Captive State. Corporate Takeover of Britain. Basingstoke, Pan Macmillan.
- SAWYER M.C. (2002), The Private Finance Initiative: A Critical Assessment. <<http://129.11.89.221/MBK/MalcolmSawyer/pfi.doc>>
- SCHMIDT H. (2000), Die Selbstbehauptung Europas. Perspektiven für das 21. Jahrhundert. Stuttgart München, Deutsche Verlags-Anstalt.
- TIBERGHIE Y. (2002), Political Mediation of Global Financial Forces: The Political of Structural Reforms in Japan and South Korea. Paper presented at the ISA Annual Convention of the American Association of Political Sciences. New Orleans, March 24-27, 2002.
- WADE R.H. (2002), US hegemony and the World Bank: the fight over people and ideas. In: Review of Int. Political Economy, 9, 2, S. 201-229.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 2003

Band/Volume: [145](#)

Autor(en)/Author(s): Matzner Egon

Artikel/Article: [Der Mediationsstaat - zu Markt, Staat und Globalisierung im 21. Jahrhundert 57-62](#)